

Rechenschaftsbericht des Landesvorstands 2018-2020

Die Amtszeit des Landesvorstandes begann mit der Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament, die für DIE LINKE. leider nicht erfolgreich waren.

Darüber hinaus war die Amtszeit des Landesvorstandes von einigen zentralen Auseinandersetzungen in der Koalition sowie von der COVID-19-Pandemie bestimmt. Bemerkenswert waren die Debatte und Erarbeitung des Mietendeckels durch unsere Senator*innen und unsere Fraktion. Der Landesvorstand hat dazu Impulse gesetzt und die Debatten gemeinsam mit anderen linken Akteur*innen intensiv begleitet.

Wir haben als einzige Partei im Berliner Abgeordnetenhaus die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ von Beginn an offensiv unterstützt, sei es logistisch oder politisch. Vertreter*innen des Landesvorstands arbeiten in der Initiative im Plenum als fester Bestandteil mit und sind im ständigen Austausch. Der Landesvorstand hat dabei auch eine Scharnierfunktion zwischen der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Ebene einnehmen können. Gleichzeitig sind viele LINKE-Mitglieder in der Initiative selbst aktiv. Wir haben die Unterschriftensammlung der ersten Phase nach Kräften unterstützt und über 10.000 Unterschriften zur erfolgreichen Sammlung beigetragen. Zudem haben wir die Kampagne mit eigenen Öffentlichkeitsmaßnahmen (Plakate, Flyer, Aufkleber) unterstützt.

Der Landesvorstand hat sich darüber hinaus aktiv in Mobilisierung und Unterstützung antifaschistischer und Flüchtlingsinitiativen eingebracht (Solidarity City, Seebrücke u.a.). Auch den Auseinandersetzungen um die Schließung der Karstadt-Filialen haben sich Vorstand und Fraktion eingebracht und mit dem Vorschlag kommunaler Zentren in leergezogenen Kaufhäusern eine stadtweite Debatte angefacht.

Zu vielen politischen Themen hat sich der Landesvorstand ausgetauscht, zu einigen Themen wurden Beschlüsse gefasst. Insoweit wird auf die Zusammenfassung ausgewählter Beschlüsse am Ende dieses Dokuments verwiesen.

Insbesondere die COVID-19-Pandemie und die Herausforderungen für die Parteiarbeit haben die zweite Hälfte der Legislatur bestimmt. Wir haben als Landesvorstand die Maßnahmen des Senats mit unseren Senator*innen und der Fraktion diskutiert – die Schnelligkeit der politischen Prozesse auf Bundes- und Landesebene war dabei oft eine Herausforderung. Es ist nicht in ausreichendem Maße gelungen, Maßnahmen und deren Folgen vor Beschlussfassung in einem gemeinsamen Prozess zwischen Abgeordnetenhausfraktion, Landesvorstand und unseren Vertreter*innen der Exekutive abzuwägen.

Die gesamte Parteiorganisation wurde durch die Einschränkungen der COVID-19-Pandemie in ihrer Arbeit auf die Probe gestellt. Wir haben den Austausch über die Möglichkeiten von Parteiarbeit unter Pandemiebedingungen organisiert und befördert. Wir danken allen engagierten Genossinnen und Genossen, die in den Gliederungen Verantwortungen tragen, für ihr kreatives und intensives Engagement, das dazu geführt hat, dass unsere Partei auch in dieser schweren Phase einen Teil ihrer Aktivitäten aufrechterhalten und neue Beteiligungs- und Veranstaltungsformate finden konnte.

Die politische Schwerpunktsetzung des Landesvorstandes lag auf der Thematisierung der soziale Abfederung der Krisenfolgen, insbesondere auf unsere Forderungen nach starken öffentlichen Infrastrukturen und Leistungen.

Der Landesvorstand hat unter erschwerten Bedingungen im Jahr 2020 zu großen Teilen selbst nur in Videokonferenzen zusammentreten können. Dennoch hat er die anstehenden Wahlkämpfe von der Vorbereitung des Landeslistenantritts, über die Durchführung von Fokus-Gruppen bis zur Berufung von Programmkommission und Debatte zu wahlstrategischen Schwerpunkten vorbereitet. Der nächste Landesvorstand wird nun die Partei in die Wahlen führen.

Öffentlichkeitsarbeit

Unter den Bedingungen einer Regierungsverantwortung hat der Landesvorstand seine Öffentlichkeitsarbeit intensiviert. Stadtpolitische Debatten haben wir in unregelmäßigen Abständen mit eigenen Informationsmaterialien begleitet. Auf diese Weise haben wir über die linke Handschrift in der Landespolitik informiert. Wir haben den Bereich Öffentlichkeitsarbeit personell verstärkt und die (Online-) Kommunikation ausgebaut. Dabei stechen wir als LINKE im Vergleich mit den anderen Berliner Parteien durch eine hohe Dialogbereitschaft heraus.

Zudem hat der Landesvorstand verschiedene Online-Formate entwickelt, darunter zum Beispiel Livestreams mit den Senator:innen, digitale Stammtische zu unterschiedlichen Themen und einen Podcast. Generell sind kurze Erklär- und Mobilisierungsvideos mittlerweile fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Zur Ergänzung unserer internen Kommunikation hat der Landesvorstand einen Telegram-Infodienst eingerichtet, über den unsere Mitglieder in unregelmäßigen Abständen direkt mit wichtigen politischen Infos und Mobilisierungen angesprochen werden können.

Mitgliederarbeit und politische Bildung

Auch während der Covid-19-Pandemie traten der Berliner LINKEN kontinuierlich Mitglieder bei. Die Kontaktbeschränkungen brachten auch einen Kreativitätsschub für die Arbeit in der Parteibasis: Neue Diskussionsformate wie digitale Stammtische und ähnliche wurden entwickelt und ausprobiert. Die regelmäßigen Neumitgliedertreffen auf Landesebene erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit, die Online-Variante (während der Corona-Krise) verzeichnet dabei sogar eine größere Teilnahme als zuvor.

Die Angebote der politischen Bildung haben wir verstetigt. Im Januar 2019 organisierten wir einen sehr gut besuchten historischen Stadtspaziergang „Alle Macht den Räten! 100 Jahre Berliner Januaraufstand“. Zur Europawahl wurden wieder diverse Wahlcamps zur Qualifizierung der Wahlkämpfer*innen angeboten.

Mit einer Online-Strategiekonferenz „Strategien gegen Rechts“ haben wir über Berlin hinaus interessierte Genoss*innen und Freund*innen zu einem intensiven Austausch zusammengebracht.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie haben wir aus der Not eine Tugend im Prozess zur Erstellung unseres Wahlprogramms 2021 gemacht und über 20 Werkstattgespräche mit Mitgliedern und Initiativen aus der Stadtgesellschaft durchgeführt. Dabei ist ein riesiger Berg an Ideen und Anregungen entstanden, die in der ehrenamtlichen Programmkommission derzeit aufgearbeitet werden.

Landesweite Veranstaltungen

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 1. Tagung
16./17. Januar 2021

Mit Unterstützung des Landesvorstandes wurden folgende landesweite Veranstaltungen durchgeführt:

- LL-Gedenken, Januar 2019 und 2020
- Podiumsdiskussion „Solidarity City Berlin -Mehr Teilhabe durch einen städtischen Ausweis für alle“, April 2019
- Klimakongress, Mai 2019
- Basiskonferenz zum Mietendeckel, September 2019
- Konferenz „Strategien gegen Rechts“, November 2019
- Podiumsdiskussion »Der Mietendeckel und die Genossenschaften«, Dezember 2019
- Bezirkekonferenz, Januar 2020
- Online- Fest der Linken, Juni 2020
- Online- Veranstaltungsreihe „Strategien gegen Rechts“, Juni – August 2020
- Klima-Aktionsforum, Oktober 2020
- Mehrere landesweite (digitale-) Neumitgliedertreffen mit Parteiprominenz

Ausgewählte landesweite Aktionen, Unterstützungen und Mobilisierungen:

- „Wir haben es satt!“- Demo, Januar 2019
- Historischer Spaziergang: Alle Macht den Räten! 100 Jahre Berliner Januaraufstand, Januar 2019
- Drei Steine: Ausstellung -Lesung – Gespräch, Februar 2019
- Frauenkampftag, März 2019 und 2020
- Demo gegen Mietenwahnsinn, April 2019
- „Deine Stimme gegen Nationalismus“ Demo, Mai 2019
- „Wem gehört die Stadt?“ -Tanzdemo, September 2019 und 2020
- Globaler Klimastreik, September 2019
- Mietendemo für den Mietendeckel Berlin, Oktober 2019
- Gedenk-Demo nach dem Anschlag in Hanau, Berlin Februar 2020
- Fukushima-Demo, Februar 2020
- Band der Solidarität, #sogehsolidarisch unteilbar, Juni 2020

- Gedenk-Demo für die Opfer von Hanau, #saytheirnames, August 2020
- #wirsindda, Proteste in Lichtenberg gegen Nazi-Aufmarsch, Oktober 2020
- Globaler Klima-Aktionstag, September 2020

Bundesweite Aktionen, Unterstützungen und Mobilisierungen

- Solidarität statt Ausgrenzung, unteilbar -Großdemo in Dresden, August 2019
- Proteste gegen Afd-Bundesparteitag in Braunschweig, Oktober 2019
- Anti- AfD Demo in Erfurt, Februar 2020
- Unterstützung der Wählerkämpfe in Brandenburg, Thüringen und Sachsen

Folgende ausgewählte Beschlüsse hat der Landesvorstand der Berliner LINKEN auf seinen Sitzungen gefasst:

- Keine Verschärfung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes! (Januar 2019)
- Neue Finanzordnung des Landesverbandes DIE LINKE. Berlin (März 2019)
- Frauen* in der Berliner LINKEN (Juni 2019)
- Aktiver und glaubhafter Beitrag zum Klima- und Umweltschutz: Fleischkonsum und Plastikmüll im Landesverband verringern (August 2019)
- 75. Jahre Befreiung. Wir sagen спасибо! (September 2019)
- Mietenwahnsinn stoppen – Mietendeckel schnell umsetzen (September 2019)
- Religiöse Neutralität der Schulen sicherstellen – diskriminierungsfreien Zugang zum Schuldienst ermöglichen (Dezember 2019)
- Keine S-Bahn-Ausschreibung ohne umfassende Garantie für Beschäftigungssicherung und Erhalt der bestehenden Tarifstandards (Mai 2020)
- Weg aus der Krise: Investieren statt Sparen (Mai 2020)
- Karstadt-Kaufhof-Beschäftigte nicht im Stich lassen! (Juni 2020)
- Deutsche Wohnen stoppen und Vergesellschaftung ermöglichen! (Juni 2020)
- Politische Beschlüsse zur Rekommunalisierung der Schulreinigung umsetzen und ausfinanzieren – gerade in Corona-Zeiten (Oktober 2020)